

Zeitschrift: Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge
enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und
Sozialversicherungswesens

Herausgeber: Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

Band: 35 (1938)

Heft: (6)

Rubrik: A. Entscheide des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Entscheide

auf dem Gebiete des eidgenössischen u. kantonalen Fürsorgewesens insbesondere des Konkordates betr. wohnörtliche Unterstützung

Beilage zur Zeitschrift „Der Armenpfleger“

Redaktion: H. WYDER, Fürspr., Adjunkt der kantonalen Armendirektion, Bern. Verlag und Expedition:
ART INSTITUT ORELL FÜSSLI, ZÜRICH. Nachdruck ist nur unter Quellenangabe gestattet.

1. JAHRGANG

NR. 6

1. JUNI 1938

A. Entscheide des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes gemäß Art. 13 des Konkordates über die wohnörtliche Unterstützung

XI.

Die Ehefrau begründet durch tatsächliches Getrenntleben vom Ehemanne erst dann selbständigen Wohnsitz, wenn es dauernden Charakter aufweist (Luzern c. Zürich i. S. J. W.-M., von Pfaffnau, in Zürich, vom 14. März 1938).

In tatsächlicher Beziehung:¹⁾

Hierüber hat das Departement in rechtliche Erwägung gezogen:

Ob Frau W. selbständigen Konkordatswohnsitz erworben habe und mit den Kindern eine besondere Unterstützungseinheit bilde, hängt davon ab, ob das Getrenntleben der Ehegatten als dauernd anzusehen ist (Art. 3, Abs. 2, des neuen Konkordates), beziehungsweise ob gemäß Art. 2, Abs. 2, des alten Konkordates das „Fehlen“ des Ehemannes angenommen werden muß. Damit die Frau durch das Getrenntleben eigenen Wohnsitz erhält, muß ein Zustand eingetreten sein, der tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, demjenigen bei gerichtlicher Scheidung oder Trennung einigermaßen entspricht. Das Getrenntleben muß als ein voraussichtlich dauerndes erscheinen. In Grenzfällen wird allerdings oft schwer zu beurteilen sein, ob der Bruch sich wieder leimen läßt. Bei der Beratung von Art. 3, Abs. 2, des neuen Konkordates war man darüber einig, daß beachtet werden müsse, ob es sich um Leute handelt, die sich unschwer zur Trennung und dann meist auch leicht zur Wiedervereinigung entschließen. Im vorliegenden Fall wünscht die Ehefrau die letztere entschieden. Der Mann äußert sich allerdings sehr entschieden im umgekehrten Sinne. Hierauf darf aber angesichts seines sehr schwachen Charakters nicht zu viel Gewicht gelegt werden. Er scheint leicht beeinflussbar zu sein und ist bei dem Ehepaar We. in eine offenbar moralisch minderwertige Gesellschaft geraten. Immerhin hat er das Ehescheidungsverfahren nicht weiterverfolgt. — Es ist stets schwierig und undankbar, vorauszusagen, ob eine Wiedervereinigung erfolgen werde; hier noch besonders, weil auf alle Fälle durch die Heimschaffung des Mannes dieser aus der nahen Verbindung mit den Eheleuten We. gelöst wird. Welche Wirkung das haben kann, bleibt völlig unsicher. Erst der Versuch kann erweisen, ob die Hoffnung der Ehefrau auf Wiedervereinigung nur eine Illusion sei. Es scheint uns, daß in diesem besondern und schwer zu entscheidenden Fall der Schutz der Ehe ausschlaggebend sein müsse.

¹⁾ Überfluß an Material veranlaßt die Redaktion, in Zukunft den Tatbestand zu kürzen oder wegzulassen; prinzipiell wichtige Entscheide werden indessen ungekürzt publiziert.

Demnach muß angenommen werden, daß Frau W. und ihre Kinder zur Unterstützungseinheit des Ehemannes gehören, weshalb sie auch in seine Heimschaffung einzubeziehen sind.

Aus diesen Gründen hat das Departement erkannt:

Der Rekurs wird abgewiesen.

XII.

Die Ablehnung der konkordatsgemäßen Behandlung eines Unterstützungsfalles gemäß Art. 13, Abs. 1, ist zulässig, wenn bestehende Liederlichkeit „vorwiegend“ die Ursache der Bedürftigkeit ist (Aargau c. Zürich i. S. E. R.-K., von Benzenschwil, in Zürich, vom 11. April 1938).

In tatsächlicher Beziehung:

Frau E. R., geboren 15. Januar 1876, von Benzenschwil (Aargau), seit 1911 geschieden, ist seit 4. Juli 1927 im Kanton Zürich gemeldet, soll aber nach der Rekurseingabe schon seit 1917 ununterbrochen in diesem Kanton wohnen. Sie ist gelernte Schneiderin und betreibt in Zürich ein Kostüm- und Fahnenverleihgeschäft. In den Jahren 1931—1937 mußte sie mit zusammen Fr. 968.80 unterstützt werden. Zürich hat ihre Heimschaffung beschlossen, weil sie einen liederlichen Lebenswandel führe.

Hierüber hat das Departement in rechtliche Erwägung gezogen:

Eine 1918 erlittene Bestrafung von 3 Monaten kann heute nicht mehr in Betracht fallen; außerdem ist Frau R. 1935 mit 14 Tagen bedingt bestraft worden. Sie besucht zuweilen Wirtschaften, angeblich ihres Geschäftes halber, es wird aber nicht behauptet, daß sie erheblich trinke oder gar Alkoholikerin sei. Gelegentlich treibt sie Unzucht, auch gegen Entgelt. Andererseits steht fest, daß sie arbeitsam ist und keinen ihren Verhältnissen nicht entsprechenden Aufwand treibt. Die erwähnten Mängel ihres Verhaltens stehen kaum in einem ursächlichen Zusammenhang mit ihrer Unterstützungsbedürftigkeit, Heimschaffung ist aber nur zulässig, wenn die Liederlichkeit „vorwiegend“ die Ursache der Unterstützungsbedürftigkeit ist (Art. 13, Abs. 1, des Konkordates). Die Unterstützungsbedürftigkeit der Frau R. hat vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, ihren Grund darin, daß die ohnedies nicht übermäßig geschäftsgewandte Frau mit zunehmendem Alter und infolge Gedächtnisschwäche unfähig geworden ist, mit ihrem Geschäft den vollen Lebensunterhalt zu erwerben.

Aus diesen Gründen hat das Departement erkannt:

Der Rekurs wird gutgeheißen, der Beschluß des Regierungsrates des Kantons Zürich vom 21. Oktober 1937 aufgehoben. Frau R. ist von den Kantonen Zürich und Aargau nach Konkordat zu unterstützen.

D. Verschiedenes

Protokoll der ersten Konkordatskonferenz

Bern, im Parlamentsgebäude, den 28. März 1938.

(Fortsetzung aus Nr. 5.)

Der Vorsitzende geht über zur Besprechung von Punkt b) der Schlußfolgerungen des Referates. Art. 19 soll auch auf *Teilerledigungen* von Konkordatsfällen anwendbar sein. Das Departement behandelt dann nur die Fragen, für die neue Tatsachen vorgebracht werden.

Herr Dr. Nägeli (Zürich) ist mit diesem Grundsatz einverstanden.